

252805-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Ingenieurbüros – Aufstockung Liebfrauengymnasium,
Fachplanung HLSE
OJ S 72/2026 14/04/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Kreis Paderborn

E-Mail: submissionsstelle@kreis-paderborn.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Aufstockung Liebfrauengymnasium, Fachplanung HLSE

Beschreibung: Der Auftraggeber plant die Erweiterung und bauliche Ertüchtigung des Liebfrauengymnasiums in Büren. Anlass der Maßnahme ist die landesweite Rückkehr zur neunjährigen gymnasialen Schullaufbahn (G9) unter Berücksichtigung aktueller pädagogischer Anforderungen. Ziel ist es, moderne Unterrichtskonzepte zu ermöglichen und der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft gerecht zu werden.

Kennung des Verfahrens: e5238187-6f8e-4282-9414-4e11d3599f2f

Interne Kennung: 30.31 - 26-6501

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen, 71322000 Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau, 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung, 71356400 Technische Planungsleistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Paderborn (DEA47)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption:
Betrug:
Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:
Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:
Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:
Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:
Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:
Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:
Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:
Zahlungsunfähigkeit:
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:
Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Aufstockung Liebfrauengymnasium, Fachplanung HLSE
Beschreibung: Gleichzeitig sind bestehende Raumdefizite auszugleichen, die durch den Einbau einer Mensa, den Ausbau der Ganztagsbetreuung sowie brandschutzbedingte Nutzungsanpassungen entstanden sind. Durch die Umstellung auf G9 wird mit einem Anstieg der Schülerzahl um ca. 110 Schülerinnen und Schüler gerechnet. Hieraus ergibt sich ein zusätzlicher Bedarf an Klassenräumen, Nebenräumen und Sanitärflächen. Zur Deckung dieses Bedarfs ist die Aufstockung des bestehenden Schulgebäudes um ein weiteres Geschoss vorgesehen. Ergänzend sind Maßnahmen zur energetischen Sanierung der Gebäudehülle, Anpassungen in den Bestandsgeschoss, die Erweiterung der Treppenhäuser sowie die barrierefreie Erschließung durch den Einbau eines Aufzugs geplant. Die Aufstockung umfasst ca. 1.427 m² Netto-Raumfläche. Vorgesehen sind zwölf Klassenräume, von denen zwei mittels mobiler Trennwände zu größeren Einheiten zusammenschaltbar sind, ein Lehrerzimmer, ein Kopier- und Lagerraum, zwei Schüler-WC-Anlagen, zwei Lehrer-WC-Anlagen, ein rollstuhlgerechtes WC sowie ein Putzmittelraum. In den Bestandsgeschoss werden die Raumstrukturen in den betroffenen Bereichen entsprechend angepasst. Die Aufstockung erfolgt in Leichtbauweise mit einer WDVS-Fassade. Geplant sind Kunststofffenster mit Dreifachverglasung sowie Raffstores in den Klassenräumen. Das Dach wird als flach geneigtes Holzsaatteldach ausgeführt; die oberste Geschossdecke erhält eine zusätzliche Dämmung. Die Installation einer Photovoltaikanlage wird vorbereitet. Im Innenausbau sind leichte Trennwände, Holztüren in Stahlzargen, Wand- und Deckenflächen mit Vlies und Anstrich sowie schwimmender Estrich mit Linoleumbelag oder vergleichbarem Belag vorgesehen. Die Treppen zwischen dem 2. und 3. Obergeschoss

werden in Stahlbeton mit Kunststeinbelag, analog zum Bestand, hergestellt. Im Bestandsgebäude sind die energetische Sanierung der Fassade, der Austausch der Fenster, die Installation von Sonnenschutzanlagen, die Erneuerung des Flachdachaufbaus der Brücke sowie die Umstrukturierung von Räumen und die Erneuerung von Wand-, Boden- und Deckenoberflächen vorgesehen. Eine statische Voruntersuchung bestätigt die grundsätzliche Machbarkeit der Aufstockung in Leichtbauweise. Die Wärmeversorgung erfolgt über die vorhandene Heizungsanlage. Die Lüftung ist als natürliche Fensterlüftung vorgesehen. Die Sanitäranlagen werden an die bestehende Leitungsführung angeschlossen. Planung und Realisierung Gegenstand dieser Ausschreibung ist die Vergabe der Leistungsphasen 1 bis 8 der TGA-Planung gemäß HOAI. Der Bauantrag befindet sich derzeit in Prüfung der Bauaufsicht. Bei der weiteren Planung sind die bestehenden Vorgaben, Entwurfsentscheidungen und genehmigten Unterlagen zugrunde zu legen. Gleichzeitig sind die Anforderungen an Barrierefreiheit, flexible pädagogische Nutzungskonzepte, energetische Effizienz und nachhaltige Bauweise zu berücksichtigen. Sämtliche einschlägigen gesetzlichen und technischen Vorgaben, insbesondere zu Brandschutz, Energieeinsparung und Schallschutz, sind einzuhalten. Die Leistungen sind so zu erbringen, dass eine reibungslose Bauausführung gewährleistet ist, die Abläufe des Schulbetriebs möglichst wenig beeinträchtigt werden und die Projektziele hinsichtlich Qualität, Kosten und Terminen eingehalten werden. Grundsätze der Eignungsprüfung Bei der Beurteilung der technischen und wirtschaftlichen Eignung werden ausschließlich die vom Bieter im Rahmen der Teilnahmeanträge eingereichten und geforderten Nachweise herangezogen. Die Bewertung erfolgt nach einheitlichen Maßstäben und nachvollziehbaren, diskriminierungsfreien Kriterien. Alle Angebote werden gleichbehandelt und anhand derselben Bewertungsgrundlagen geprüft. Im Teilnahmeantrag sind die für die Eignungsprüfung erforderlichen Informationen und Nachweise einzureichen. Darüber hinaus sind auch diejenigen Nachunternehmer zu benennen, die im Auftragsfall zur Leistungserbringung vorgesehen sind, ohne dass deren Kapazitäten im Wege der Eignungsleihe gemäß § 47 VgV in Anspruch genommen werden (Nachunternehmer ohne Eignungsleihe). Für diese Nachunternehmer sind keine Eignungsnachweise vorzulegen, sofern sie nicht zur Erfüllung der Eignungskriterien herangezogen werden. Ein Unternehmen, das im Wege der Eignungsleihe zur Erfüllung der Eignungskriterien herangezogen wird, nimmt im Rahmen der Eignungsprüfung eine bewerbergleiche Stellung ein. Eine Mehrfachverwendung derselben Eignungsressourcen im selben Vergabeverfahren ist ausgeschlossen. Eine Addition von Referenzen mehrerer Mitglieder innerhalb derselben Leistungsphase findet nicht statt. Bewertung und Gewichtung Die Auswahl der Bewerber zur Angebotsphase erfolgt anhand eines gewichteten Punktesystems. Bewertet werden ausschließlich die mit dem Teilnahmeantrag eingereichten und prüffähigen Unterlagen. Die Bewertung dient der Ermittlung der drei bis sechs Bewerber mit der höchsten Gesamtpunktzahl, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden. Die Gesamtpunktzahl wird anhand folgender Berechnungsformel ermittelt: $\text{Gesamtpunktzahl} = (\text{Punktzahl Kriterium 1} \times \text{Gewichtung Kriterium 1}) + (\text{Punktzahl Kriterium 2} \times \text{Gewichtung Kriterium 2}) + (\text{Punktzahl Kriterium 3} \times \text{Gewichtung Kriterium 3}) \text{ usw.}$ Die maximal erreichbare Gesamtpunktzahl beträgt 9,0 Punkte. Mit Abschluss der Eignungsprüfung werden die drei bis sechs bestbewerteten Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert. Mit dieser Aufforderung beginnt die Angebotsphase gemäß Abschnitt III. Näheres sh. Vergabeunterlagen. Interne Kennung: 0001

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Paderborn (DEA47)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 18 Monate

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Bewerber müssen zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen berechtigt sein. Der Nachweis erfolgt durch Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister oder durch sonstigen Nachweis der beruflichen Qualifikation.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Bewerber müssen im Auftragsfall über eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen verfügen: • 5.000.000

€ für Personenschäden • 1.500.000 € für Sach- und Vermögensschäden • 1.500.000 € für

Umweltschäden Die Deckungssummen müssen mindestens zweifach pro Versicherungsjahr zur Verfügung stehen oder es ist eine entsprechend hohe Jahreshöchstleistung

nachzuweisen. Zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist ist entweder • eine bestehende Versicherungspolice mit entsprechenden Deckungssummen oder • eine schriftliche,

rechtsverbindliche Bestätigung eines Versicherungsunternehmens vorzulegen, aus der hervorgeht, dass im Auftragsfall Versicherungsschutz in der geforderten Höhe gewährt wird.

Liegt zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist weder eine entsprechende Versicherungspolice noch eine Bestätigung eines Versicherungsunternehmens vor, liegt es im

Ermessen des Auftraggebers, die Unterlagen nachzufordern oder den Teilnahmeantrag bzw. das Angebot im weiteren Verfahren nicht zu berücksichtigen. Bei Bewerbergemeinschaften

muss jedes Mitglied, das Leistungen ausführt, über einen entsprechenden

Versicherungsschutz verfügen oder verbindlich nachweisen, dass im Auftragsfall ein

entsprechender Versicherungsschutz hergestellt wird. Wird die Eignung eines Dritten in

Anspruch genommen, ist auch für dieses Unternehmen ein entsprechender Nachweis zu

führen. Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Bewerbers ist der

Nettoumsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre darzulegen. Bewertet wird

dabei ausschließlich der Umsatz, der mit Leistungen erzielt wurde, die mit dem

ausgeschriebenen Auftragsgegenstand vergleichbar sind. Die Punktzahl der drei

Geschäftsjahre wird addiert. Die Angaben zum Nettoumsatz sind zunächst in Form einer

Eigenerklärung im Teilnahmeantrag zu machen. Der Auftraggeber behält sich vor, von den

Bewerbern, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden sollen, sowie spätestens vom für

den Zuschlag vorgesehenen Bieter geeignete Nachweise zu verlangen. Als geeignete Nachweise gelten insbesondere testierte Jahresabschlüsse, Gewinn- und Verlustrechnungen, Bestätigungen eines Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters oder sonstige geeignete Belege, aus denen sich der erklärte Nettoumsatz für vergleichbare Leistungen nachvollziehbar ergibt. Können die geforderten Nachweise nicht vorgelegt werden oder ergeben sich Abweichungen zu den Eigenerklärungen, kann dies zum Ausschluss vom weiteren Verfahren führen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Teil 1: Als geeignet gilt ein Bewerber nur dann, wenn sämtliche nachfolgend beschriebenen Mindestanforderungen vollständig erfüllt sind. Der Bewerber muss mindestens ein Referenzprojekt „Umbau, Sanierung oder Erweiterung“ eines vergleichbaren Objekts nachweisen. In diesem Projekt muss er vertraglich mit der TGA-Planung beauftragt gewesen sein. Für dieses Kriterium wird maximal eine Referenz gewertet. Liegt keine entsprechende Referenz vor, ist das Mindestkriterium nicht erfüllt. Weiterhin ist mindestens ein Referenzprojekt nachzuweisen, das im laufenden Schulbetrieb oder in einem vergleichbaren laufenden Betrieb realisiert wurde. Für dieses Kriterium können maximal zwei Referenzen eingereicht werden. Liegt keine entsprechende Referenz vor, ist das Mindestkriterium nicht erfüllt. Referenzen werden ausschließlich gewertet, wenn eine Referenzbescheinigung vollständig ausgefüllt und durch den jeweiligen Referenzgeber rechtsverbindlich bestätigt wurde. Referenzen müssen so angegeben werden, dass eine Überprüfung der Angaben möglich ist. Hierzu sind insbesondere ein konkreter Ansprechpartner beim Referenzgeber sowie aktuelle Kontaktmöglichkeiten (Telefonnummer und E-Mail-Adresse) zu benennen. Können Referenzangaben nicht verifiziert werden oder bestehen begründete Zweifel an der Richtigkeit oder Vergleichbarkeit der Angaben, behält sich der Auftraggeber vor, die betreffende Referenz im Rahmen der Eignungsprüfung nicht zu berücksichtigen. Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, selbst Ermittlungen zur Verifizierung von Referenzangaben durchzuführen. Der Bewerber trägt die alleinige Verantwortung für die rechtzeitige Einholung der Referenzbestätigungen. Sofern eine Referenzbescheinigung zum Ablauf der Teilnahmefrist nicht vorliegt, wird die betreffende Referenz grundsätzlich nicht gewertet. Ein Anspruch auf Nachforderung, Fristverlängerung oder Kontaktaufnahme durch den Auftraggeber beim Referenzgeber besteht nicht. Kann der Bewerber ausnahmsweise keine bestätigte Referenzbescheinigung vorlegen, muss er spätestens mit Ablauf der Teilnahmefrist nachweisen – dass die Referenzbescheinigung rechtzeitig, vollständig und nachweislich beim zuständigen Referenzgeber angefordert wurde, – dass die Anforderung alle zur Bestätigung erforderlichen Angaben enthielt, – und dass die Anforderung unter Setzung einer angemessenen Frist erfolgte. Als geeigneter Nachweis gelten insbesondere schriftliche Anfragen per E-Mail mit Versandnachweis. Liegt ein solcher Nachweis nicht vor oder ist er nicht geeignet, wird die Referenz nicht berücksichtigt. Auch bei Vorlage eines entsprechenden Nachweises entscheidet der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen, ob eine Nachforderung zugelassen wird. Die Bestätigung dient ausschließlich der Plausibilisierung der erbrachten Leistungen (z. B. Leistungsumfang, Leistungszeitraum, beteiligte Leistungsphasen) und ersetzt nicht die Eigenverantwortung des Bewerbers für die Richtigkeit der Angaben. Referenzen ohne entsprechende Verifizierung können im Rahmen der Eignungsprüfung nicht berücksichtigt werden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Teilnahme am Vergabeverfahren setzt die Zuverlässigkeit des Bewerbers voraus. Ein Bewerber gilt als zuverlässig, wenn keine Tatsachen vorliegen, die seine Integrität, rechtmäßige Geschäftsführung oder seine Fähigkeit zur ordnungsgemäßen Auftragsdurchführung infrage stellen. Dabei sind insbesondere die in den §§ 123 und 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) geregelten Ausschlussgründe zu berücksichtigen. Ein Bewerber ist vom Vergabeverfahren auszuschließen, wenn gerichtlich festgestellte Verfehlungen, wie z. B. Verurteilungen wegen wirtschaftskrimineller Handlungen, Insolvenzverschleppung oder Verstöße gegen Umwelt- und Sozialvorschriften, bestehen. Ebenso können Tatsachen, die eine ernsthafte Besorgnis begründen, dass der Bewerber den Auftrag nicht ordnungsgemäß erfüllen kann oder gesetzliche Vorgaben verletzt, zum Ausschluss führen. Der Nachweis der Zuverlässigkeit obliegt dem Bewerber. Hierzu hat er alle erforderlichen Erklärungen und Nachweise vollständig und fristgerecht einzureichen. Versäumt der Bewerber dies, kann er vom Verfahren ausgeschlossen werden. Ein Anspruch auf Nachforderung oder Fristverlängerung durch den Auftraggeber besteht nicht. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Teil 2: Zudem ist ein Projektteam namentlich zu benennen. Dieses besteht mindestens aus einer Projektleitung sowie einer weiteren qualifizierten Person (stellvertretende Projektleitung und/oder Bauleitung). Die Funktionen der Projektleitung, stellvertretenden Projektleitung und Bauleitung können – sofern fachlich geeignet – ganz oder teilweise von derselben Person wahrgenommen werden. Es sind jedoch mindestens zwei namentlich benannte und dem Projekt fest zugeordnete Personen vorzusehen, sodass die ordnungsgemäße Projektabwicklung sowie eine jederzeitige Vertretung sichergestellt sind. Die Projektleitung (projektverantwortliche Person) muss über eine einschlägige berufliche Qualifikation verfügen und in einem anzugebenden Referenzprojekt die fachliche sowie organisatorische Gesamtverantwortung getragen haben. Hierfür ist mindestens ein vergleichbares Referenzprojekt nachzuweisen, in dem diese Person die Leistungsphasen 5 bis 8 der Fachplanung der technischen Ausrüstung eigenverantwortlich geführt hat. Die Benennung mehrerer Personen für unterschiedliche Leistungsphasen ist unzulässig. Für dieses Kriterium wird maximal eine Referenz berücksichtigt. Liegt keine entsprechende Referenz vor, gilt das Mindestkriterium als nicht erfüllt. Die Projektleitung muss zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist seit mindestens einem Jahr ununterbrochen im Unternehmen beschäftigt sein. Wird diese Minstdauer nicht erreicht, gilt auch dieses Kriterium als nicht erfüllt. Für sämtliche Referenzen der Eignungskriterien gilt: Es werden ausschließlich vergleichbare Referenzen gewertet. Vergleichbar sind Objekte, die hinsichtlich Nutzung, technischer Komplexität und organisatorischer Anforderungen dem ausgeschriebenen Projekt entsprechen. Ein Referenzprojekt ist nur berücksichtigungsfähig, wenn die anrechenbaren Kosten der Kostengruppen 300 und 400 gemäß DIN 276 mindestens 5,0 Mio. netto betragen. Im Falle des Eignungskriteriums Nr. 2 „Referenz im laufenden Schulbetrieb“ müssen die anrechenbaren Kosten der Kostengruppen 300 und 400 mindestens 2,5 Mio. € netto betragen. Bei Referenzprojekten außerhalb Deutschlands sind die maßgeblichen Kostenkennwerte sowie der Leistungsumfang so darzustellen, dass eine Vergleichbarkeit mit den Anforderungen der Ausschreibung sowie mit der Kostengliederung nach DIN 276 und den Leistungsphasen der HOAI nachvollziehbar und prüffähig beurteilt werden kann. Der Auftraggeber behält sich vor, hierzu ergänzende Erläuterungen oder Nachweise anzufordern. Können die erforderlichen Angaben zur Beurteilung der Vergleichbarkeit nicht in ausreichender Weise erbracht werden, kann die betreffende Referenz

nicht berücksichtigt werden. Die Leistungsphasen 1 bis 8 gemäß HOAI müssen innerhalb der letzten sechs Jahre vor Ablauf der Teilnahmefrist begonnen und bis zum Ablauf der Teilnahmefrist vollständig erbracht und abgeschlossen worden sein. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Rückrechnung des Bewertungszeitraumes ist somit der Tag, an dem die Frist zur Einreichung des Teilnahmeantrages endet. Eine Referenz darf für mehrere Kriterien herangezogen werden, sofern sie die jeweiligen Anforderungen vollständig erfüllt. Innerhalb eines einzelnen Kriteriums wird eine Referenz jedoch nur einmal gewertet. Jede Referenz ist prüffähig darzustellen und muss mindestens folgende Angaben enthalten: Projektbezeichnung und Ort, Art der Maßnahme (Umbau, Sanierung, Erweiterung), Baukosten netto (KG 300 + 400 gemäß DIN 276), Auftragsumfang, Erbrachte Leistungsphasen, Beginn der Leistungsphase 1, Abschluss der Leistungsphase 8, Angabe der Projektleitung, Auftraggeber mit Ansprechpartner und Kontaktdaten, Kurze Objektbeschreibung. Unvollständige oder nicht eindeutig nachvollziehbare Angaben führen dazu, dass die jeweilige Referenz nicht gewertet werden kann.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 6

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualitätskriterium

Beschreibung: Referenz: Umbau, Sanierung, Erweiterung

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 25

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualitätskriterium

Beschreibung: Referenz: Ausführung im laufenden Schulbetrieb

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 25

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualitätskriterium

Beschreibung: Qualifikation und Erfahrung der Projektleitung

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 25

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualitätskriterium

Beschreibung: Betriebszugehörigkeit der Projektleitung

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 15

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualitätskriterium

Beschreibung: Nettoumsatz des Bewerbers für Leistungen, die mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar sind

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/e5238187-6f8e-4282-9414-4e11d3599f2f

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 03/06/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/e5238187-6f8e-4282-9414-4e11d3599f2f

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 13/05/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Bitte beachten: Um einen eventuellen Ausschluss des Angebotes zu vermeiden, legen Sie bitte die geforderten Nachweise und Erklärungen dem Angebot unbedingt vollständig bei.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Westfalen bei der Bezirksregierung Münster

Informationen über die Überprüfungsfristen: (1) Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber/Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnisnahme rügen.

(2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung

benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Kreis Paderborn

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Kreis Paderborn

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Kreis Paderborn

Registrierungsnummer: 2275

Postanschrift: Aldegrevestr. 10-14

Stadt: Paderborn

Postleitzahl: 33102

Land, Gliederung (NUTS): Paderborn (DEA47)

Land: Deutschland

E-Mail: submissionsstelle@kreis-paderborn.de

Telefon: +49 5251308-3016

Internetadresse: <https://www.deutsche-evergabe.de>

Profil des Erwerbers: <https://www.deutsche-evergabe.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Westfalen bei der Bezirksregierung Münster

Registrierungsnummer: da291529-649c-47a7-8841-301d3c2a520a

Postanschrift: Albrecht-Thaer-Straße 9

Stadt: Münster

Postleitzahl: 48147

Land, Gliederung (NUTS): Münster, Kreisfreie Stadt (DEA33)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@bezreg-muenster.nrw.de

Telefon: +49 2514111691

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: e5238187-6f8e-4282-9414-4e11d3599f2f - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 13/04/2026 09:08:00 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 252805-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 72/2026
Datum der Veröffentlichung: 14/04/2026